

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Posten frei ins Haus monatlich 24 M., Redaktion: Johannisstraße 46, Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 7,50 M., Verfammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 6,50 M., Reklamen 36,00 M., Geschäftsstelle: Johannisstr. 46, Fernruf: 926.

# TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

# Lübecker Volksbote

Nummer 170.

Montag, den 24. Juli 1922.

29. Jahrgang.

## Die Kulturschande in Bayern.

### Halb und halb. — Regierungskrise?

München, 24. Juli.

Die Entscheidung ist gefallen. Nach dem von der Bayerischen Volkspartei gefassten, von der Mehrheit des Staatsministeriums angenommenen Beschluß wird die bayerische Regierung eine eigene Verordnung erlassen, in der sie das materielle Recht des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik übernimmt. Der Vollzug wird jedoch den bayerischen Staatsanwälten und Volksgerichten übertragen, die Wirksamkeit der Reichsbehörden und des neuen Staatsgerichtshofes des Reiches für Bayern damit ausgeschaltet. Die bayerische Regierung glaubt, sich bei diesem Vorgehen auf Artikel 48 der Verfassung des Reiches stützen zu können, wonach ihr bei drohender Unruhegefahr der Erlaß besonderer Ausnahmeordnungen zusteht. Ferner will die Staatsregierung jetzt schon kund tun, daß sie das im Oktober in Kraft tretende Reichskriminalgesetz nicht als rechtsverbindlich anerkennen und also seinen Vollzug in Bayern nicht gestatten könne. Die Reichsregierung ist von diesen Maßnahmen, die am Montag verkündet werden sollen, nicht vorher verständigt worden.

### Bedrohendes Ausscheiden der Demokraten aus der bayerischen Regierungskoalition.

München, 24. Juli.

Wir erfahren, daß die Demokratische Fraktion des Landtages durch die Beschlüsse der Bayerischen Volkspartei und der Mehrheit des Ministeriums das bisherige Koalitionsprogramm als durchbrochen und aufgehoben und die bisherige Regierungskoalition als gesprengt betrachtet. Der demokratische Handelsminister Ham wird sich daher gezwungen sehen, sein Amt niederzulegen. Die Demokraten halten die Maßnahmen der Regierung für nicht vereinbar mit der Reichs- und Landesverfassung und in den politischen und wirtschaftlichen Folgen nach innen und außen für verhängnisvoll. Der Bayerische Bauernbund wird seine Stellung erst heute nehmen. Die Deutschnationale Mittelpartei verlangt schärfste Gegnerschaft gegen die Maßnahmen der Reichsregierung. Soweit bis jetzt verlautet, sollen die fünf Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, die mit der Mittelpartei eine Fraktion bilden, den Schritt der Regierung gutheißen. Damit hätte die Staatsregierung eine Mehrheit im Landtag, auch wenn der Bauernbund nicht mit ihr gehen sollte. Wie sich die überaus ernste Lage weiter gestaltet, läßt sich erst ersehen, wenn die Regierung mit ihren Ordnungen hervortritt. Am Dienstag wird der Landtag bereits Stellung nehmen.

### Rücktritt des bayerischen Handelsministers.

München, 24. Juli.

Der bayerische Handelsminister Ham hat dem Ministerpräsidenten Verchenfeld seinen Rücktritt angezeigt.

\*

## Bayern fordert die Abberufung des Grafen Zsch.

SPD, Berlin, 22. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die bayerische Regierung hat an die Reichsregierung das Ersuchen um sofortige Abberufung des Grafen Zsch gerichtet. Anlaß zu diesem Ansuchen gab eine Interpellation der Bayerischen Volkspartei, die sich auf den Prozeß Leoprechting bezieht und deren Schluß lautet: „Kann die bayerische Regierung im Hinblick auf die im Prozeß gegen Leoprechting erfolgten Feststellungen dem derzeitigen Vertreter des Reiches noch weiter Vertrauen schenken?“ — Der Reichsgesandte in München, Graf Zsch, der sich in Bayern vor allem seiner offenen republikanischen Gesinnung wegen unbeliebt gemacht hat, hat bereits mehrfach die gegen ihn ausgesprochenen Verleumdungen widerlegt und vor allem darauf hingewiesen, daß er zu Leoprechting in keinem andern Verhältnis stand, als auch andere maßgebende bayerische Politiker. Einen einzigen Brief hat Zsch an Leoprechting gerichtet, und dieser enthielt nur eine ablehnende Antwort auf eine Geldforderung Leoprechtings. Es ist nicht mehr wie recht, wenn die Reichsregierung den Abberufungsantrag der bayerischen Regierung und dessen Begründung genau sichtet, und über denselben objektiv entscheidet, aber es kann keine Rede davon sein, daß Zsch einzig und allein der bayerischen Regierung zuliebe vom Reichskabinett abberufen wird. — Wie wir erfahren, behält sich die Reichsregierung in bezug auf den Antrag der bayerischen Regierung alle Schritte vor und beabsichtigt nicht ohne weiteres den Forderungen aus dem

Süden Rechnung zu tragen. Graf Zsch, der am Sonnabend vormittag zur Berichterstattung in Berlin eintraf, ist bereits abends wieder nach München abgereist zur Weiterführung seiner Geschäfte.

## Neuwahlen in Bayern?

Die „Münchener Post“ schreibt am 22. Juli zur politischen Lage u. a.: Die Sozialdemokratie kann der Entwicklung der Dinge ruhig zusehen. Sie und die Reichsfreunde, die auch die wahren Freunde unseres engeren Vaterlandes sind, haben keine Ursache zur Aufregung. Wir halten es für das richtige, eine Klärung durch eine Neuwahl zum Landtag herbeizuführen. Das wird sicher zu einer Entgiftung der politischen Atmosphäre wesentlich beitragen. Im Interesse der politischen Reinlichkeit verlangen wir daher die Auflösung des Landtags.

## Poincarés aussichtsloser Kampf.

### England ist überrascht.

Der französische Ministerpräsident Poincaré setzt seine Attitude gegen eine langfristige Stundung der deutschen Verpflichtungen fort. Nach wie vor wünscht er, daß die Reparationskommission eine abschließliche Nichterfüllung der Verpflichtungen seitens Deutschlands feststellt. Dieses Verlangen hat in England große Ueberraschung hervorgerufen, und man hat in maßgebenden englischen Regierungskreisen den Eindruck, daß Poincaré seine frühere Auffassung aufgegeben hat, wonach die Reparationskommission als unabhängige und souveräne Körperschaft ihre wohlwollenen Urteile ohne jeden Eingriff der einzelnen Regierungen fällen sollte.

Die englische Presse betont immer wieder, daß Poincaré auf eine Unterstützung seines Verlangens durch die Verbündeten weder jetzt noch in sechs Wochen rechnen könne.

Die Denkschrift, die Poincaré inzwischen der Reparationskommission hat überreichen lassen, um seine Forderungen und die Auffassung der französischen Regierung zu begründen, hat in Anbetracht der geradezu gesuchten Angaben ihren Zweck bereits jetzt verfehlt und scheint in das Gegenteil des von der französischen Regierung Beabsichtigten sich auszuwirken. Während Poincaré bisher noch eine getreue Gefolgschaft auf dem von ihm beschrittenen Wege zu verzeichnen hatte, sieht er sich jetzt allein auf weiter Flur. Selbst der „Temps“ als eifrigster Verteidiger der französischen Reparationspolitik muß anlässlich der sinnlosen Denkschrift Poincarés gestehen, daß Frankreich in der Reparationskommission nicht einmal zwei Stimmen gewinnen könnte, wenn es weiter versuchen werde, eine „abschließliche Vertragsverletzung Deutschlands“ feststellen zu lassen. Auch das „Petit Journal“ bedauert die Denkschrift, die einen Kerker der Verhältnisse nicht überzeugen, wie auch Herve in der „Victoire“ Auffassung vertritt, die denen Poincarés gänzlich zuwiderläuft.

Poincaré scheint sich inzwischen von einem ihm in Aussicht stehenden Mißerfolg überzeugt zu haben und sich besonders klar darüber zu sein, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich eine Reise nach London nicht verlohnt. In Anbetracht dessen soll die Londoner Reise verschoben bzw. ganz aufgegeben worden sein.

## Die Pariser Presse zur kommenden Londoner Besprechung.

U. Paris, 24. Juli.

Das „Devoir“ mahnt heute sowohl Lloyd George als auch Poincaré, die kommende Reparationskonferenz „nicht wie üblich aus persönlichem Ehrgeiz scheitern zu lassen.“ Bei den gegenwärtigen Verhältnissen würde eine resultatlose Besprechung die französisch-englische Spannung noch weiter verschärfen und zwar in einem Maße, daß man mit einem vollkommenen Bruch rechnen müsse. — „Petit Journal“ meint, daß die kommenden Londoner Verhandlungen höchstens 10 Tage dauern werden. An erster Stelle stehe auf dem Programm selbstverständlich das Reparationsproblem; außerdem beabsichtige man aber auch über das griechisch-türkische Problem und über die Frage von Tanger zu reden. Lloyd George habe bereits den Wunsch ausgedrückt, auch die Situation Osterrheins in London zu prüfen.

## Die Finanzaufsicht.

Das Schreiben des Garantiekomitees an den Reichsanzler liegt nunmehr im vollen Wortlaut vor. Es bestätigt alles, was durch die offiziellen Mitteilungen bereits bekannt war. Ehe eine Zahlungserleichterung zugestanden wird, die uns für längere Frist der Barzahlungen enthebt, verlangt das Garantiekomitee Kontrollrechte über die deutschen Finanzen, die fast an Eingriffe in die Souveränität des deutschen Volkes grenzen. Sie grenzen daran, sind es aber nicht. So viel in dem Briefe von Auskunftsspflicht, Berichterstattung, ja selbst Kontrolle der Steuerveranlagung und -ausübung steht, so wenig erhält das Garantiekomitee das Recht, an Stelle des Reichskabinetts oder vor ihm auch nur über einen Pfennig deutscher Steuern oder über eine Gesetzesmaßnahme zu verfügen, oder auch nur an einer Stelle eigenmächtig in die deutsche Finanzverwaltung einzugreifen. Das muß festgehalten werden. Gegenüber den heftigen Einwürfen der Rechtspresse ist festzustellen, daß es der deutschen Regierung gelungen ist, die noch weitergehenden Forderungen des Garantiekomitees in dieser Richtung abzuschwächen, und daß sie nur dieser abgeschwächten Fassung ihre Zustimmung erteilt hat. Und wie das Garantiekomitee erst verhandeln mußte, um zu dieser Fassung des Schreibens zu kommen, so wird es auch verhandeln müssen, ehe es aus den ihm vorliegenden Berichten und Informationen Wünsche oder Forderungen gegen die Reichsfinanzen geltend machen kann. Formal ist also die Souveränität des Reiches nicht angetastet, zum mindesten nicht durch diese Note.

Was insbesondere die Gestaltung des Reichshaushalts angeht, so ist daran zu erinnern, daß ja die Gesetze und Vorschläge dem Garantiekomitee nicht eher ausgeliefert werden sollen, als sie dem Reichsrat zugehen, d. h. ehe auch die breitere Öffentlichkeit sie erfährt. Schwerer wiegen die Eingriffe in die Finanzverwaltung, in die Ausübung der Steuerveranlagung. Aber auch hier erhält das Komitee nur das Recht auf Informationen, und auch dieses ist beschränkt insofern, als die Wahrung des Steuergeheimnisses gegenüber den Beamten des Garantiekomitees gilt.

Die Reichsregierung hat diesen sorgfältig formulierten Forderungen zugestimmt, in der Erwartung, daß auf diese Weise der Weg zu einem Moratorium geebnet wird. Der Verschärfung der Finanzaufsicht — um diese handelt es sich und nicht um eine Kontrolle mit unbefränktem Einspruchsrecht — steht gegenüber die Zusage des Garantiekomitees, dem ungeheuren Ernst der Lage Rechnung zu tragen, die durch den Valutasturz geschaffen wurde. Jetzt sind die Entscheidungen der Reparationskommission abzuwarten. Wie sie auch ausfallen mögen, soviel steht jedenfalls fest, daß die Reichsregierung in eine Aufrechterhaltung der alten Zahlungsbedingungen oder gar in ihre Verschärfung nicht einwilligen kann und wird. Darum ist es abwegig und eine bewusste Entstellung der Tatsachen, wenn die reaktionäre Presse es so hinzustellen sucht, als erfolgte dieser Schritt in „grenzenloser Leichtfertigkeit“. Was erreicht werden soll und muß, ist die Erleichterung der Zahlungen und wenn irgend möglich, eine endgültige Regelung der Reparationsfrage, die Deutschland vorerst eine Atempause läßt und seine künftige Zahlungspflicht seiner Leistungsfähigkeit anpaßt. Sollte es wider alles Erwarten und nach aller Vernunft nicht wenigstens zu einem Zahlungsaufschub kommen, so würde dadurch eine gänzlich neue Situation geschaffen.

Was die geforderten Maßnahmen gegen die Kapitalflucht betrifft, so kann es nur einen Streit darüber geben, ob sie in der von der Entente gewollten Form zweckmäßig sind, nicht darüber, ob die Kapitalflucht selbst zu bekämpfen ist. Die geforderten Vorschriften sind zu einem Teil bereits in Kraft und bedürfen nach den Forderungen des Garantiekomitees nur noch einiger Ergänzungen, über deren praktischen Wert man sehr im Zweifel sein kann. Offenbar hat das Garantiekomitee das Bedürfnis, erst durch die Praxis bestätigt zu sehen, daß die Kapitalflucht nur international bekämpft werden kann. Diese ihre internationale Bekämpfung ist auch von der Sozialdemokratie wiederholt verlangt worden. Solange aber französische Banken im Abseingebiet und willige Strohmann im Ausland der Hehlerei Vorschub leisten, solange trotz aller Außenhandelsvorschriften die Grenzlächer, durch die das Kapital entfliehen kann, bestehen bleiben und nicht zuletzt durch Entente-maßnahmen/ solange wird auch wirksam nicht durchgegriffen werden, selbst wenn noch etliche Duzend fremdsprachiger Beamter ihre Zeit mit Paragraphenkläuferei vertreiben.

Die statistischen Angaben, die gefordert werden, sind — bis auf einige Ausnahmen in der verlangten Finanzstatistik — bereits jetzt öffentlich zugänglich, ihr Ausbau ist sogar im allgemeinen Interesse erwünscht. Das gilt jedoch nicht für die periodischen Uebersichten, die das Finanzministerium zu erstatten hat. Hier werden Auskünfte verlangt, deren Zweck nicht ersichtlich ist.

Alles in allem: Es ist eine harte Aufgabe für den säumigen Schuldner, dem Gläubiger so weitgehenden Einblick in

Seine Lage zu gewahren, vor allem wenn man sich bewußt ist, daß das Gegenteil von dem Gewollten erreicht wird. Wollte das Garantiekomitee mit praktischen Vorschlägen helfen, die Steuern einzutreiben, so ließe sich darüber reden. Gibt es doch genug zahlungsfähige Leute in Deutschland, gegen deren Patriotismus die Hilfe eines unparteiischen Gerichtswolzhiehers sehr gut zu gebrauchen wäre. Zu denken ist da vor allem an diejenigen, die diesem Staat keinen Pfennig geben wollen und aus den Steuerersparnissen reaktionäre Geheimbünde bezahlen können. Mit den Kontrollrechnungen aber wird die Garantiekommision nichts nach dieser Richtung erreichen. Sie schürt nur den Haß derer, die schon jetzt aus der Verklammerung Deutschlands politisches Kapital schlagen, sie wird auch vielerorts passive Resistenz wecken, damit aber die ehrliche Arbeit an der finanziellen Gesundung Deutschlands erschweren. Wenn die Regierung das in Kauf nehmen will, so deswegen, weil sie mit den Zugeständnissen sich ein Recht auf Erleichterung der Zahlungen, ein Recht auf internationale Hilfe aus dem Vorkriegsstand erwarte. Jetzt hat Paris das Wort.

Ein Merkmal dieser Verhandlungen verdient noch festgehalten zu werden:

In den Forderungen verlangt das Garantiekomitee außerordentlich weitgehende Maßnahmen, um in die deutschen Finanzen denjenigen Einblick zu gewinnen, der ein Urteil über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zuläßt. Verlangt das nach dem Studium dieser Akten und langer Rücksprachen. Es ist aber, obwohl es aus Fachleuten besteht, noch nicht genügend unterrichtet.

Zur gleichen Zeit verlangt in Paris, von Sachkenntnis ungetrübte, Poincaré, Deutschland müsse schuldig erklärt werden, seine Zahlungsunfähigkeit selbst fahrlässig herbeigeführt zu haben!

Das ist bezeichnend für die Art, wie das Volk des freien Geistes gegenüber dem unterdrückten Gegner Politik macht — eine Politik, die sich selbst richtet! (Vorwärts.)

## Die Antwort der deutschen Regierung.

Berlin, 22. Juli.

Die heute dem Präsidenten der Delegation des Garantiekomitees in Berlin übergebene Antwortnote des Reichsstatlers vom 21. Juli hat folgenden Wortlaut:

Herr Präsident! In Erwiderung des Schreibens des Garantiekomitees vom 18. Juli, durch welches mir das Ergebnis der Beratungen des Garantiekomitees mit den deutschen Vertretern über die von der Reparationskommission gewünschte Nachprüfung der Einnahmen, der Ausgaben und der schwebenden Schuld sowie über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht und wegen der statistischen Erhebungen mitgeteilt worden ist, beehre ich mich, folgendes mitzuteilen: Trotz der schweren Belastung, welche die vorgelegten Maßnahmen für Deutschland bedeuten, will die deutsche Regierung auf sich nehmen, sie für die Dauer des Moratoriums auszuführen. Wenn sie sich hierzu nach eingehender Ueberlegung entschlossen hat, so war für sie die Erwägung bestimmend, daß durch die in dem Memorandum vorgezeichneten Maßnahmen die in dem Rotenweissel vom 21. März bis 14. Juli behandelten Fragen ihre abschließende Regelung finden und daß damit gleichzeitig für die Reparationskommission die Grundlage für eine Entschädigung geschaffen wird, welche der gefährlichen wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands, wie sie in der Note vom 12. Juli dargelegt ist, Rechnung trägt. Die deutsche Regierung geht davon aus, daß die in dem Memorandum erwähnten Maßnahmen über die Nachprüfung in Uebereinstimmung mit den Grundzügen zur Ausführung gelangen werden, welche bei der Abfassung der Bestimmungen leitend waren, nämlich Wahrung der Souveränität des Reiches, Aufrechterhaltung des ungehinderten Ganges der Verwaltung und Schutz des Steuer- und Geschäftsgeheimnisses. Was die Bekämpfung der Kapitalflucht anlangt, so sieht die deutsche Regierung sich gezwungen, die Notwendigkeit zu betonen, daß die Entschädigung des Obersten Rates der Alliierten Mächte vom 13. August 1921 jetzt durchgeführt wird. Sie bittet das Garantiekomitee, in geeigneter Weise darauf hinzuwirken. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. gr. Dr. Wirth.

## Der italienische Streit.

Ultimatum der Faschisten.

Railand, 21. Juli.

Die Lage im Streitgebiet hat sich im Laufe des Tages verschärft. Der Faschistenführer Mussolini ist heute morgen in Mailand angekommen. Er begab sich sofort zum Palast, der ihn verwahrt, und laut Versprechungen der Streikleiter der Streit in Mailand und der Provinz nach im Laufe des heutigen Tages beendet wird. Da aber diesbezüglich nichts geklärt, ließ Mussolini um 10 Uhr eine Ertragsausgabe des „Popolo d'Italia“ erscheinen, in welcher ein Appell an die Faschisten stand: Entweder wird der Mailänder Streik heute aufhören oder 30 000 Faschisten befehlen werden Mailand. Die Ertragsausgabe enthält einen Befehl an die faschistischen Machtmänner und Arbeiterführer, sowie das Flugblatt „In der Kamerade, sei unerschrocken bei der Führung ihrer Truppe zu stehen. Die Mailänder Faschisten werden angefordert, ihre Zivilpflicht während der Dauer des Streiks einzustellen. Das Kommando der Legion erklärt in einem Aufsatze, daß die faschistische Mobilisierung von nun an als militärische Mobilisierung zu betrachten sei. Das Ultimatum der Faschisten hat die größte Ueberzeugung und Aufregung verursacht und wird überall kommentiert. Viele exponierte Personen verlassen Mailand. Trotz der dem Präsidenten gegebenen Versicherungen haben die Sozialisten heute vormittag vier Konferenzen abgehalten, jedoch ohne besonderes Interesse des Proletariats.

Railand, 21. Juli.

Der Gewerkschaftsbund hielt am Freitag nachmittags 4 Uhr eine Versammlung ab, in der die Arbeiterkammern von Mailand, Turin und einer Reihe lombardischer Städte vertreten waren. Es wurde die Wiederannahme der Arbeit für Sonnabend früh beschlossen. Das Zentralbüro der proletarischen „Gewerkschaften“ behauptet, daß Mussolini das Ultimatum erst dann erlassen hätte, als er schon sicher gewesen sei, daß der Streik bereits beendet werden würde.

## Die Kabinettsbildung in Rom.

Rom, 23. Juli.

Orlando wurde am Sonntag nachmittags vom König empfangen. Man nimmt an, daß er den Auftrag zur Kabinettsbildung empfangen wird. Sollte Orlando Ministerpräsident werden, so wird er wahrscheinlich das Ministerium des Innern

Domini anbieten. Man glaubt, daß dieser das Schahami vorziehen wird. De Nava soll das Justizministerium erhalten, das Außenministerium soll auch Schanger, Tittoni und Scialoja angehoben werden. Der König empfing u. a. auch den Faschistenführer Mussolini, der erklärte, seine Partei werde jede Regierung bekämpfen, die die Auflösung der Faschistenpartei in ihr Programm aufnehme.

## Begegnung zwischen Poincaré und Lloyd George am 1. August.

III. Paris, 24. Juli.

Poincaré hat Lloyd George mitteilen lassen, daß er am 1. August die Verhandlungen über die Reparationsfrage in London aufnehmen gewillt sei. Poincaré wird sich Ende des Monats mit dem Finanzminister de Cassyrie, dem Direktor des Außenamtes Perretti und mit einigen Sachverständigen nach London begeben.

## Neuregelung der Beamtenbezüge.

SPD. Berlin, 22. Juli.

Nach 16stündiger Dauer wurden in den frühen Morgenstunden des Sonntags die am Sonnabend vormittag im Reichsfinanzministerium begonnenen Verhandlungen über die Neuregelung der

# Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik.

Artikel I.

Das Reichsbeamtengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 1907 (Reichsgesetzblatt S. 245) wird wie folgt geändert:

A. § 3 erhält folgende Fassung:

Jeder Reichsbeamte ist auf die Reichsverfassung (Artikel 176) und auf die gewissenhafte Erfüllung aller Obliegenheiten des ihm übertragenen Amtes eidlich zu verpflichten.

Die Eidesleistung soll bei der Inhabung der Bestallung oder dem Dienstantritt, spätestens in unmittelbarem Anschluß an den Dienstantritt, stattfinden. Wird sie verweigert, so ist die Ernennung des Beamten in seinem Rechtsverhältnis zum Reiche nichtig.

Ueber den Ertrag der Eidesleistung durch eine andere feierliche Erklärung bei Angehörigen einer Religionsgemeinschaft, denen die Eidesleistung aus religiösen Gründen verboten ist, bestimmt der Reichsminister des Innern im einzelnen Falle.

B. Hinter dem § 10 werden folgende §§ 10a und 10b eingefügt:

§ 10a. Der Reichsbeamte ist verpflichtet, in seiner amtlichen Tätigkeit die verfassungsmäßige republikanische Staatsgewalt einzutreten.

Er hat alles zu unterlassen, was mit seiner Stellung als Beamter der Republik nicht zu vereinigen ist. Insbesondere ist ihm untersagt:

1. sein Amt oder die ihm kraft seiner amtlichen Stellung zugewiesenen Einrichtungen für Bestrebungen zur Veränderung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform zu missbrauchen;
2. bei Ausübung der Amtstätigkeit oder unter Mißbrauch seiner amtlichen Stellung über die verfassungsmäßige republikanische Staatsform, die Reichsflagge oder über die verfassungsmäßigen Regierungen des Reiches oder eines Landes zur Befundung der Mißachtung Äußerungen zu tun, die geeignet sind, sie in der öffentlichen Meinung herabzusetzen;
3. bei Ausübung der Amtstätigkeit oder unter Mißbrauch seiner amtlichen Stellung auf die ihm unterstellten oder zugewiesenen Beamten, Angestellten und Arbeiter, Zöglinge oder Schüler im Sinne missachtender Herabsetzung der verfassungsmäßigen Regierungen des Reiches oder eines Landes einzuwirken;
4. Handlungen nach Nr. 1 bis 3 bei dienstlich unterstellten Personen, sofern sie im Dienste begangen werden, zu dulden.

Dem Reichsbeamten ist weiterhin untersagt, in der Öffentlichkeit geäußert oder ausgeübt die Bestrebungen zu fördern, die auf Wiederherstellung der Monarchie oder gegen den Bestand der Republik gerichtet sind, oder solche Bestrebungen durch Verleumdung, Beschimpfung oder Berächtlichmachung der Republik oder von Mitgliedern der im Amt befindlichen Regierung des Reiches oder eines Landes zu unterstützen.

§ 10b. Weitergehende Verpflichtungen, die sich für den Reichsbeamten innerhalb oder außerhalb seines Amtes über die Bestimmungen des § 10a hinaus aus den besonderen Aufgaben oder den Umständen des Falles nach den allgemeinen Vorschriften über die Pflichten der Reichsbeamten ergeben, bleiben unberührt.

Reichsbeamte, die mit dem Schutze der Republik besonders betraut sind, haben auch außerhalb ihrer amtlichen Tätigkeit Anträge auf die verfassungsmäßige republikanische Staatsform zu unterstützen.

Diese Beamtenstellen sind in dem anliegenden Verzeichnis aufgeführt. Die Reichsregierung kann das Verzeichnis unter Mitwirkung eines Ausschusses des Reichstages ändern.

C. Dem § 16 wird als Absatz 2 angefügt: Bietet ein Vergehen gegen § 10a Abs. 2 und 3 oder gegen § 10b Abs. 2 im Rückfalle vor, so ist auf Dienstentlassung zu erkennen.

D. § 89 erhält folgende Fassung:

Jede Disziplinarkammer besteht aus 7 Mitgliedern. Der Präsident und wenigstens zwei andere Mitglieder müssen in richterlicher Stellung im Reiche oder in einem Lande sein. Für den Präsidenten und jedes Mitglied sind Stellvertreter zu ernennen. Die übrigen Mitglieder werden aus dem Beamtenstand ernannt.

Die Disziplinarkammern entscheiden in einer Besetzung von fünf Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden. Der Vorsitzende und wenigstens ein Beisitzer müssen zu den richterlichen Mitgliedern gehören.

Auf das Verfahren sind die Bestimmungen der ordentlichen Gerichte ohne Einfluß.

D. a. § 91 erhält folgende Fassung:

Der Disziplinardienst besteht aus elf Mitgliedern. Der Präsident und zwei Mitglieder müssen zu den Mitgliedern des Reichsgerichts gehören. Zwei weitere Mitglieder müssen Beamtenhöheren Ranges sein. Die übrigen Mitglieder werden aus dem Beamtenstand ernannt. Für die Mitglieder sind Stellvertreter zu ernennen.

Die monatliche Verhandlung und Entscheidung in den einzelnen Disziplinarsachen erfolgt durch 7 Mitglieder. Der Vorsitzende und wenigstens ein Mitglied müssen zu den richterlichen Mitgliedern gehören.

D. b. Der § 93 erhält folgende Fassung:

Die Mitglieder der Disziplinarkammern und des Disziplinardienstes werden für die Dauer von drei Jahren vom Reichspräsidenten ernannt, die richterlichen Mitglieder und die des Reichsgerichts vom Reichsrat.

Die Amtsdauer der gegenwärtigen Mitglieder der Disziplinarkammern und des Disziplinardienstes findet mit dem 31. August 1922 ihr Ende.

Artikel II.

Die Bestimmungen der §§ 3, 10a und 10b des Reichsbeamtengesetzes gelten ferner auch für Soldaten, ohne das Herab-

Bezüge der Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten, Angestellten und Arbeiter zu Ende geführt. Das Ergebnis besteht in einer getrennten Regelung für die Monate Juli und August. Entsprechend der gesteigerten Haushaltskosten für den Monat Juli tritt eine Erhöhung des beweglichen Teuerungszuschlages um 55 Proz. ein und für den Monat August eine solche von 80 Proz. Der sogenannte Kopfschlag von den ersten 10 000 Mark Gehalt und Ortszuschlag bleibt unverändert.

Demnach erhält der ledige Beamte im Monat Juli für die ersten 10 000 Mark Dienstlohn einen Teuerungszuschlag von 215 Proz., für die übrigen Einkommensteile von 160 Proz., für den Monat August von 240 bzw. 185 Proz. Der verheiratete Beamte empfängt hierzu einen Kinderzuschlag von 160 bzw. 185 Proz. Die Teuerungszuschläge wirken sich so aus, daß der als Stichtag in Betracht kommende ledige Beamte der Besoldungsgruppe III ein Mehr von rund 933 Mark für Juli und 1350 Mark für August erhält. Der verheiratete Beamte erhält dazu eine Erhöhung der Kinderzuschläge von rund 110 Mark bei einem Kinde bis zum 6. Lebensjahr, 145 Mark bis zum 14. Lebensjahr, 163 Mark bis zum 21. Lebensjahr für den Monat Juli, für August von 160 bzw. 200 bzw. 238 Mark. Für den vergleichbaren ledigen Handwerker der Ortsklasse A ergibt sich daraus eine Stundenloohnerhöhung von 5 Mark für den Monat Juli und 7,20 Mk. für August, dazu eine Erhöhung des Kinderzuschlages von 15 Wfg. pro Stunde im Juli und 30 Wfg. im August.

Ueber Einzelheiten wird am Montag nachmittag weiter verhandelt.

die weitergehenden Vorschriften des Wehrgesetzes vom 23. März 1921 (Reichsgesetzblatt S. 329), insbesondere die Vorschriften des § 36 über das Verbot politischer Betätigung, berührt werden.

Artikel III.

Durch Reichs- oder Landesgesetz kann über die bestehenden Vorschriften hinaus bestimmt werden, daß im Interesse der Festigung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform nicht-richterliche Beamte, die den jetzigen Besoldungsgruppen von A XII an aufwärts angehören und die entweder sich in leitender Stellung oder in der Stellung von Stellvertretern leitender Beamten befinden oder politische Entscheidungen zu treffen haben oder mit Aufgaben zum Schutze der Republik besonders betraut sind, jederzeit durch die vorgelegte oberste Reichs- oder Landesbehörde mit Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes einweisen in den Ruhestand versetzt werden können. Dabei ist unerheblich, ob die betroffenen Beamten vor oder nach dem Inkrafttreten der Reichsverfassung angestellt worden sind.

Das Gesetz hat die Kategorien von Beamten, auf die es anwendbar ist, im Rahmen der Ermächtigung des Abs. 1 näher zu bezeichnen.

Artikel IV.

Auf Grund des Artikels III wird für nicht-richterliche Reichsbeamte folgendes bestimmt:

Durch die vorgelegte oberste Reichsbehörde können mit Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes im Interesse der Festigung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform jederzeit einweisen in den Ruhestand versetzt werden:

1. Leiter von Reichsbehörden und ihre Stellvertreter, die der jetzigen Besoldungsgruppe A XIII oder einer höheren Gruppe angehören;
2. Ministerialräte in Dirigentenstellungen;
3. Beamte, die den jetzigen Besoldungsgruppen von A XII an aufwärts angehören, wenn sie mit Aufgaben zum Schutze der Republik besonders betraut sind.

Diese Beamtenstellungen sind in dem anliegenden Verzeichnis aufgeführt. Die Reichsregierung kann das Verzeichnis unter Mitwirkung eines Ausschusses des Reichstages ändern.

Artikel IVa.

Beamten, die auf Grund dieses Gesetzes oder des § 25 des Reichsbeamtengesetzes in der Fassung vom 18. Mai 1907 (Reichsgesetzblatt S. 245) in den einseitigen Ruhestand versetzt werden, sind die Kosten des Umzuges nach den für Reichsbeamte geltenden allgemeinen Vorschriften zu gewähren, sofern der Umzug bis zum Ablauf eines Jahres seit der Versetzung in den einseitigen Ruhestand ausgeführt wird. Kann der Umzug aus wichtigen Gründen innerhalb dieser Frist nicht erfolgen, so bleibt der Anspruch auf Gewährung der Umzugskosten bei Auslösung des Umzuges innerhalb einer angemessenen Frist seit Wegfall der wichtigen Gründe unberührt.

Artikel V.

Die Folgen der Verweigerung des Eides auf die Reichsverfassung regeln sich für die Beamten, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits angestellt sind, nach den bisher geltenden Bestimmungen.

Artikel VI.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

## Verzeichnis der Beamten,

die mit dem Schutze der Republik besonders betraut sind.

Folgende Beamten gelten im Sinne der Artikel I und IV des Gesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik als mit dem Schutze der Republik betraut:

- die Staatssekretäre, Ministerialdirektoren und Ministerialräte in Dirigentenstellungen des Bureaus des Reichspräsidenten, der Reichskanzlei, des Reichsministeriums des Innern und des Reichswehrministeriums, die Abteilungsleiter und Zivilamtschefs des Reichswehrministeriums, der Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung,
- die planmäßigen und außerplanmäßigen Referenten des Bureaus des Reichspräsidenten, der Reichskanzlei, der Abteilungen für Politik und Verfassung und für öffentliche Ordnung im Reichsministerium des Innern, der Presseabteilung der Reichsregierung, des Reichswehrministeriums, des Reichskommissariats für die Überwachung der öffentlichen Ordnung,
- die Ministerialbureaudirektoren des Bureaus des Reichspräsidenten, der Reichskanzlei, des Reichsministeriums des Innern und des Reichswehrministeriums, die Vorsteher der Bureaus der Abteilungen für Politik und Verfassung und für öffentliche Ordnung im Reichsministerium des Innern, des Reichskommissariats für die Überwachung der öffentlichen Ordnung.

Ferner hat der Reichstag beschlossen:

1. die Reichsregierung zu eruchen, die Personalreferenten in allen Zweigen der Reichsverwaltung mit solchen Beamten zu übertragen, die fachkundig und unbedingt zuverlässige Republikaner sind. Die Bestellung von Beamten zu Personalreferenten bei den nachgeordneten Behörden bedarf der Bestätigung durch den zuständigen Minister;
2. die Reichsregierung zu eruchen, dafür zu sorgen, daß im Dienst bei den Behörden keinerlei parteipolitische Propaganda getrieben wird.

# An die Arbeiter der Welt!

Amsterdam, 21. Juli.

Die Exekutivkomitees des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam), der Zweiten Internationalen (London) und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (Wien) sind zum ersten Male zu gemeinsamer Beratung zusammengetreten und beschlossen:

Nach Prüfung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage Europas und ganz besonders Deutschlands erinnern die Exekutiven an das am 8. Juli 1922 in Berlin beschlossene Manifest des Internationalen Gewerkschaftsbundes und weisen die Arbeiter und die Demokraten der ganzen Welt auf die Gefahren hin, die

## die Existenz der deutschen Republik,

das wichtigste Element des Friedens und der Wiederherstellung Europas, bedrohen.

Sie beglückwünschen die deutschen Arbeiter zu ihren gewaltigen und einmütigen Kraftanstrengungen, in denen sie sich erhoben haben, um ihre Freiheit zu verteidigen und die Reaktion niederzuwerfen.

Sie hoffen, daß es der deutschen Demokratie gelingen werde, dem den Frieden der Welt bedrohenden monarchistischen Treiben ein Ende zu bereiten.

Gleichzeitig geben sie dem Vertrauen in den Willen des demokratischen Deutschlands Ausdruck, den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete zu sichern.

Ein isoliertes Deutschland ist jedoch zur Ohnmacht verurteilt. Sein Elend stürzt auch die Arbeiter der andern Nationen in Bedrängnis und Not. Die Verschlechterung der Löhne der deutschen Arbeiter hat die Verschlechterung der Existenzbedingungen der Arbeiter aller andern Länder zur Folge. Der Ruin Deutschlands bedeutet den wirtschaftlichen Zusammenbruch Europas.

Es liegt deshalb im Interesse des Weltproletariats, die deutsche Republik zu ermutigen und ihr beizustehen.

Deutschland kann berechnete Reparationsverpflichtungen nur erfüllen, wenn internationale Kredite die Genesung seiner Wirtschaft ermöglichen.

Die Politik der Entente treibt Deutschland jedoch in den Bankrott und wirft es so der Reaktion in die Arme.

Die Last der Reparationen ist zu schwer.

Die militärischen Okkupationen erschöpfen Deutschland, ohne Vorteil für die Erfüllung der Reparationen.

Die Politik der Gewalt macht sich in keiner Weise bezahlt und gibt nur Anlaß zu neuen Kriegen.

Sie beginnt die deutsche Reaktion, hemmt die Festigung der Republik, fördert das wirtschaftliche Chaos und treibt die Massen zu verzweifelterm Handeln.

Gemäß den Prinzipien und den Beschlüssen der gewerkschaftlichen und sozialistischen Konferenzen zu Amsterdam und Frankfurt a. M. muß die deutsche Schuldenlast vermindert werden. Um dies zu erreichen, müssen die unrentablen Schulden revidiert werden. Nur auf diesem Wege erscheint die Durchführung einer großen internationalen Anleihe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas möglich.

Um diesen Zweck zu erreichen, wenden sich die drei Exekutiven an die öffentliche Meinung aller Länder und insbesondere Amerika.

Das Eingreifen der Vereinigten Staaten in den Krieg war von entscheidender Bedeutung. Die Konferenz erwartet deshalb von ihnen, daß sie zur Wiederherstellung des Weltfriedens mithelfen, um dadurch die zerstörte Wirtschaft Europas, die heute die einen mit der Peitsche der Arbeitslosigkeit schlägt, die andern mit Hunger und Epidemien bedroht, wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

## Konflikt im Stinnesblatt.

In der Redaktion der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ist, wie die „Dona“ berichtet, ein neuer Konflikt ausgebrochen. Nachdem das Blatt am 19. d. M. abends ohne jegliches Impresum herausgekommen ist, erscheint am 20., morgens, Dr. Hans Simon als stellvertretender verantwortlicher Redakteur für innere Politik. Der bisherige Leiter der inneren Politik ist der „D. A. Z.“, Redakteur Karsten, hat sich nämlich mit sämtlichen ihm unterstellten Redakteuren geweigert, die Artikel des stellvertretenden Chefredakteurs, Professor Lenz, zu drucken. Diese Vorgänge haben auch in parlamentarischen Kreisen Aufsehen erregt und zu Auseinandersetzungen zwischen der Deutschen Volkspartei und Hugo Stinnes, dem Besitzer, der „D. A. Z.“, geführt. Die Geschäftsleitung bemüht sich, ein Ausschreiben des Herrn Karsten und seines Stabes zu verhindern. Bisher hat die „D. A. Z.“ bereits Chefredakteur Cuno und zwei weitere Herren leitender Stellung verloren; die den durch den Eintritt von Lenz bedingten neuen Kurs nicht mitmachen wollten.

## Potemkin-Ludendorff.

Eine deutschnationalistische Entlastungsaktion.

Der Mann, der im entscheidenden Moment die Nerven zerlor, beruht jetzt seine Ruhe, um in reaktionären Ententebüchern anständig bezahlte Artikel gegen das neue Deutschland zu schreiben und aller Welt Interviews zu gewähren. So brachte er es kürzlich fertig, dem Berliner Korrespondenten des „Daily Express“ zu sagen, daß nach seiner Ansicht die Mordtat an Rathenau auf bolschewistische Initiative zurückzuführen sei. Jetzt ergänzt Ludendorff in der allseitig für ihn bereiten „Telegraphen-Zeitung“ diese Behauptung durch eine bei ihm nicht besonders merkwürdig anmutende Gewaltkonstruktion.

Ludendorff meint: Der russische Oberst v. Frenenberg war ein Gegner der Moskauer Sowjetregierung. Frenenberg hatte Material über die Verbindung der deutschen Kommunisten mit den Sowjetleuten. Die Sowjetleute veranstalteten einen Überfall auf Frenenberg, um die kompromittierenden Schriftstücke zurückzuerhalten. Aber, o Ludendorffsches Schlachtenglück, Frenenberg behielt das entscheidende Material. Dies „entscheidende“ Material besagt, daß die Sowjetregierung ihre Berliner Vertreter angewiesen hat, deutsche bolschewistische Agenten unter der Maske russischer Nationalisten in die sogenannten extrem-national-

Mit dem System der militärischen Okkupationen muß gebrochen werden. Vor allem sind die militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen von 1921, die völlig gegenstandslos geworden sind, unverzüglich aufzuheben.

Durch die Aufnahme Deutschlands als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerbund

gibt es die Garantien, daß es sich den internationalen Rechtsentscheidungen unterstellt.

Unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker verurteilen die Exekutiven nachdrücklich alle Kontrollmaßnahmen, die die Souveränität der deutschen Republik bedrohen, sie des Rechts berauben, ihre inneren ökonomischen und sozialen Angelegenheiten in voller Freiheit zu ordnen.

Arbeiter aller Länder!  
Der ökonomische Wiederaufbau und der Weltfrieden erheischen, daß Ihr mit all Eurer Kraft gegen die Reaktion und für die allgemeine Abrüstung kämpft.

Angeichts seines finanziellen Zusammenbruchs muß Deutschland, während es seinerseits wirksame Maßnahmen ergreift zur Eintreibung der Steuern und zur Verhinderung der die allgemeinen Interessen schädigenden Kapitalflucht, als unmittelbare Aktion das verlangte Moratorium gewährt werden, bis durch eine unparteiische Untersuchung seine wirkliche Leistungsfähigkeit festgestellt ist oder Vorbereitungen getroffen werden für den Abschluß einer internationalen Anleihe.

Die Konferenz richtet an Euch die dringende Aufforderung, für diese Ideen und ihre Verwirklichung mit allen Mitteln durch Eure Organisationen, Eure Presse, durch Massenaktionen und durch Eure Vertreter in den Parlamenten eine uner müdliche, unausgesetzte Propaganda zu entfalten.

Für den Wiederaufbau der Republik!

Für den Frieden der Welt!

## Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes

J. S. Thomas, P. Jouhaux, Lj. Leipart, E. Mertens, Gdo Jimmen, Jan Duhegeest.

## Das Exekutivkomitee der II. Internationalen.

Tom Shaw, Otto Wels, J. Winters, S. de Man, P. J. Troelstra, J. M. Wibaut, W. S. Blieden.

## Das Exekutivkomitee der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien

Jean Longuet, Braçe, R. C. Walsh, H. Crispin, Grimm, Paul Gräber, Carl Bernad, S. Caplansky, Friedrich Adler.

## Entschließung.

Die in Amsterdam tagende Konferenz der gewerkschaftlichen und sozialistischen Internationalen kann ihre Beratungen nicht beenden, ohne nochmals nachdrücklich die Aufmerksamkeit der Arbeiter aller Länder auf die Bedeutung des Prozesses gegen die sozialistischen Revolutionäre in Moskau hinzuweisen.

Sie erklärt, daß die Verhängung von Todesurteilen die Möglichkeit der Wiederherstellung der Vereinigung des Proletariats aller Länder zu gemeinsamen Aktionen auf lange Zeit hinaus unmöglich machen würde.

listischen deutschen Organisationen einzuschmuggeln. Diese Agenten sollten dann fanatische Mitglieder derartiger Organisationen zum Mord an Mitgliedern der Reichsregierung verleiten.

Nebenher sei hier eingefügt, daß Ludendorff mit dem Oberst von Frenberg in sehr guten Beziehungen zu stehen scheint, sonst hätte dieser ihm das Material sicher nicht zur Verfügung gestellt.

Nach Ludendorffs Auffassung ist die Organisation C also durch die Bolschewisten zu einer Mörderbande verwandelt worden. Ehrhardt verkündet ja überdies, daß er bei seinen Consul-Leuten niemals Mordbegierde gemerkt habe.

Die Erzberger-Mörder Schulz und Tilleßen sind also nicht durch die deutschnationalistische Hege gegen Erzberger zum Mord aufgeleitet worden, sondern durch Sowjettrübel. Die Brüder Küchenmeister, diese braven Mitglieder des deutschnationalistischen Schutz- und Truhbundes und Anhänger der Deutschnationalen Volkspartei, haben sich durch deutsche Kommunisten verführen lassen. Günther, der mit Helfferich, mit Jagow und Ludendorff verkehrte, dem Ludendorff Briefe schrieb mit der Anrede „Lieber Günther“ und mit dem Schlusswort „Mit herzlichem Gruß“, ist nur den Lockungen einer schönen Kommunistin erlegen. Der Student Tschow, der Oberleutnant zur See Kern, der Ingenieur Fischer, sie sind von verkappten Bolschewisten mit Waffen, Geldmitteln und allen sonstigen Mordbehelfen ausgestattet worden. Ihre Helfer, die man überall von Wismar bis zur Ruine Saalee jetzt gepackt hat, das sind alles deutschnationalistische und deutschnationalistische wurden. Das Waffenlager, für das der Geschäftsführer Lehmann der Deutschnationalen Volkspartei in Freiberg sorgte, das Waffenlager in Magdeburg, dessen Entdeckung den Selbstmord eines bekannten deutschnationalen Mannes verursachte, alles ist bolschewistische Masche. Die Garden-Attentäter Weichardt und Unterkmann, deren deutschnationalistische Papiere beschlagnahmt wurden, sie sind ebenfalls dem unterlegen, was jetzt nach zwei gelungenen und zwei mißglückten Attentaten sich Ludendorff endlich bemüht sieht, zu veröffentlichen. Die Leute in den deutschnationalen Fraktionen des Reichstages und der Länder, die im Verfolg der polizeilichen Aufklärungsarbeit immer härter beleuchtet werden, der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete, dessen Wahlkreis sogar seine Beseitigung fordert, sie alle sind arme Beruführer. Diese bescheidenen Unglücklichen, sie haben Geld, in ihre ganze Organisation in den Dienst bolschewistischer

Propaganda gestellt. Die „Deutsche Tageszeitung“ und die Blätter gleichen Schlages, sie hegen nur deswegen gegen die Republik, weil sie nicht wissen, wer sie schiebt. Helfferich und Bazzille, sie bereiten nur deswegen die Mordatmosphäre, weil es Moskau wünscht.

Der gesunde Menschenverstand möchte über den Ludendorffschen neuesten Sinnkurzerhand hinweggehen in der Auffassung, daß derjenige, der das behauptet, ja schon während des Krieges und im besonderen in den letzten Monaten des Jahres 1918 bewiesen hat, wie es mit ihm steht. Mit solch leichter Handbewegung darf aber die neueste Stellungnahme Ludendorffs nicht erledigt werden. Er spricht mit großer Ueberlegenheit zu den Vertretern bekannter Auslandsblätter. Die Ludendorffschen Entstellungen sind ein Teil der bemüht geäußerten deutschnationalen Entlastungsaktion, die letzten Endes darauf hinaus will, immer wieder die Republik und ihre treueste Stütze, die sozialdemokratischen Arbeiter vor dem Ausland lächerlich zu machen und zu beschimpfen. Unter diesem Gesichtspunkt müssen Ludendorffsche Äußerungen nun endlich auch einmal von den Behörden gewertet werden.

## Die Arbeiten des parlamentarischen Untersuchungs-Ausschusses.

SPD, Berlin, 21. Juli. (Eig. Draht.)

Der Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der sich seit Monaten mit den Ursachen des schweren Zusammenbruchs befaßt, wird im Laufe der nächsten Monate das Gutachten seiner Sachverständigen, des Generals der Infanterie v. Kuhl, des Obersten a. D. Schwerdtfeger und des Geheimrats Professor Dellbrück veröffentlichen. Das Gutachten von Kuhls wird sich mit den militärischen Grundlagen der großen Offensive von 1918 befassen. Das Gutachten Schwerdtfegers wird die Fragen der politischen und militärischen Verantwortlichkeit behandeln. Dellbrück wird zwei Gutachten veröffentlichen, wovon das eine die Offensive von 1918, das zweite die Ausführung im Anschluß an das Gutachten des Obersten Schwerdtfeger enthalten wird.

## Volkswirtschaft.

Goldvorrat und Goldproduktion der Welt.

Der Goldvorrat der Staatsbanken der Welt hat sich seit 1913 sehr beträchtlich erhöht. In Dollars ausgedrückt betrug er 1913: 3,4 Milliarden, Ende 1918: 6,3, August 1920: 6,6, Mitte 1922 aber 7,9 Milliarden Dollars. Inzwischen ist während dieser Zeit eine gewaltige Verschiebung zugunsten der einen und zumungunsten der anderen Länder vor sich gegangen. Vor dem Kriege verfügten die Vereinigten Staaten über 20 Prozent des gesamten Goldvorrats der Notenbanken der Welt und Frankreich ebenfalls über 20 Prozent. Mitte 1922 gehörten mehr als 40 Prozent des Goldvorrats den Vereinigten Staaten, während Frankreichs Anteil auf weniger als 9 Prozent zurückgegangen ist. Der Anteil Japans hat sich in dieser Periode wesentlich erhöht, von weniger als 2 Prozent in 1913 auf beinahe 8 Prozent in 1922. England, Spanien, Holland haben ebenfalls eine Erhöhung ihres Anteils an dem Goldvorrat zu verzeichnen. Demgegenüber ist der Anteil Deutschlands von 8 auf 3 Prozent, Italiens von 8,5 auf 2,7 Prozent, Kanadas von 4,2 auf 2 Prozent, Belgiens von 1,7 auf 0,7 Prozent zurückgegangen.

Die jährliche Goldproduktion zeigt einen andauernden Rückgang. Sie vertrat 1913 einen Wert von 460 Millionen Dollars, um nach einer stufenweise fortschreitenden Verminderung von Jahr zu Jahr im Jahre 1921 auf 320 Millionen zu sinken. Der Ausfall der russischen Produktion läßt sich in dieser Bilanz stark fühlen. Die beträchtliche Abnahme der australischen Produktion ist ebenfalls sehr auffallend. Gegenüber 1910 und 1911 ist diese auf ein Viertel gesunken, von 65 Millionen auf 15 Millionen. Die Produktion der Vereinigten Staaten sank gegenüber der Vorkriegsproduktion beinahe auf die Hälfte. Das wesentlichste Produktionsgebiet, Südafrika, zeigt zwar auch Rückgänge, die aber prozentual geringer sind, als die auf den eben erwähnten Gebieten. Daß trotz dieses ständigen Rückganges sich der Goldvorrat der Notenbanken wesentlich erhöhte, ist auf den Umstand zurückzuführen, daß letztere während des Krieges und seiner Gold aus Privatbesitz in großem Maße herausholten und die Menge des bei Privaten angehäuft und auch die des in der Industrie verwendeten Goldes wesentlich abnahm.

Deutsche Bank. Dr. Heim, der Präsident der Deutschen Bank und bayrische Separatist, ist, wie uns gemeldet wird, in den Aufsichtsrat der Deutschen Bank eingetreten.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 24. Juli.

Ämtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		22. Juli.	20. Juli.
Amsterdam	100 fl.	19725.30	19675.95
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	4019.05	3957.60
Kristiania	100 Kr.	8564.25	8289.60
Kopenhagen	100 Kr.	10911.30	10786.50
Stockholm	100 Kr.	13183.50	12953.75
Helsingfors	100 Finn. Mk.	1083.65	1078.65
Rem	100 Lire	2262.15	2287.10
London	1 £	2287.20	2287.20
New York	1 Doll.	507.86	489.97
Paris	100 Frs.	4244.65	4194.75
Zürich	100 Frs.	9697.85	9612.95
Madrid	100 Pesetas	7890.20	7740.30
Wien	100 K.	1.38	1.68
Prag	100 K.	1088.60	1133.65
Budapest	100 K.	31.96	34.55

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Weber; für Freirecht Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Interieur Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg, Druck von Friedrich Wegner & Co., Berlin, in der...



## Freistaat Lübeck.

Montag, 24. Juli.

### Siegbetwüß.

Auf Ihr Freunde! Singet wieder  
 Von der Freiheit und vom Recht,  
 Von der Gleichheit aller Glieder  
 Aus dem menschlichen Geschlecht.  
 Unser Mund soll's nicht verschweigen,  
 Was das Herz so tief bewegt;  
 Auf, nur mutig in den Reigen,  
 Daß die Freiheitsstunde schlägt.

Niemand kann uns davon hindern,  
 An dem Bau der Einigkeit;  
 Den wir uns und unsern Kindern  
 Herzuftellen sind bereit.  
 Stein für Stein wird aufgeschichtet.  
 Langsam, aber zielbewußt,  
 Bis daß fertig er errichtet  
 Auf dem Fels der Gleichheit fußt.

Von den Gelbesmajestäten,  
 Von Tyrannen dieser Welt,  
 Lassen wir uns nicht mehr treten,  
 „Gleichheit!“ durch die Rüste gest.  
 Keine Macht der Erdenweite  
 Hält zurück des Schicksals Rad.  
 Und in diesem heil'gen Streite  
 Stegt das Proletariat.

G. Mitsche.

### Wolk in Not.

In einer ärztlichen Wochenschrift schreibt ein Arzt folgende beherzigenswerte Worte: „Nicht nur in Rußland, sondern auch schon bei uns geht der Hunger um. Die Wäden sind voll guter Dinge zum Essen und Genießen, aber in weitesten Kreisen fehlen die Mittel, sie zu kaufen. In diesen Tagen sah ich den ersten Fall von ausgeprochenem Skorbut und Hungerödem bei einem alten Fräulein aus den früher sogenannten „besten“ Kreisen. Es ist sicher nicht mehr der einzige Fall. Man braucht auf der Straße nur die Augen offen zu halten: Zwischen den gut genährten Menschen mit überquellendem Unterlapp, hängenden Backen und wohlgepflegtem Bauh schleichen die armen, hohlhängigen Schatten umher, müde, traurig, schlaff und ohne Hoffnung, mit Körben zum Einholen, aber leer, weil sie nicht finden, was sie für sich und ihre Hausgenossen mit ihren geringen Mitteln erziehen können. Die Not ist da, der Hunger reißt auf magerem Kollie heran, nach langer noch, dann ist auch der dritte der apokalyptischen Reiter, die Seuche, bei uns am Ziel. Der Boden für eine gräßliche Seuchenausbreitung ist vorbereitet!“

Der Arzt hat gar nicht zu schwarz gezeichnet. Es gibt heute besonders sehr viele alte Leute, die ein Einkommen haben, das nicht einmal für Brot und Kartoffeln reicht und die in ihrem nun noch so sorgenvollen Alter buchstäblich hungern müssen. Der Krieg hat nicht nur die Blüte der Menschheit vernichtet, sondern unter den Folgen des Krieges gehen heute viele Leute elendiglich zugrunde. Nach dem unglücklichen dreißigjährigen Kriege brachen in deutschen Ländern fürchterliche Seuchen aus, weil unzählige ihren Hunger nicht zu stillen vermochten. Und diese Seuchen hatten ihre Opfer nicht nur aus den Kreisen, die sich nicht mehr genügend ernähren konnten, sondern auch aus den Kreisen der Wohlgenährten. Wahrscheinlich, die Reichsregierung hat die Pflicht, den Ursachen der gegenwärtigen und leider noch immer mehr steigenden Teuerung energisch zu Leibe zu gehen, denn schwere Seuchen verdrängen mehr als alles andere ein Staatswesen zu gefährden, insbesondere ein noch nicht festgesetztes.

Und die Ursachen? Tägliche steigende Verteuerung der Preise für Milch, Butter, Fleisch, Fettwaren, Brot, Kartoffeln, Obst, Gemüse usw. Tägliches Höhersteigen der Papierflut in den Geld-

stätten und Strümpfen der Landwirte, Aktionäre, Fabrikanten, Schieber, Wucherer und wie dieses Raubgefinde sonst heißt. Auch eine Seuche, die fluchwürdigste!

\*

**Achtung, Vollzugsratsmitglieder!** Heute abend 8 Uhr Sitzung im Gewerkschaftssekretariat. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert die Anwesenheit aller Mitglieder.  
Der Vorstand.

**Zur Lohnfrage auf den Werften.** Das Schiedsgericht zur Regelung der Lohnfrage auf den Werften tritt am Dienstag in Hamburg zusammen. Am Mittwoch findet ebenfalls in Hamburg eine Werftarbeiterkonferenz statt, die sich mit dem gefällten Schiedspruch befassen wird. Die Werftarbeiter werden dann in allen Orten zu dem Resultat Stellung nehmen.

**Achtung, Bürgerfraktion!** Mittwoch und Donnerstag, abends 8 Uhr, Sitzung im Rathaus. Beratung des Haushaltsplanes. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

**Parteigenossen des Bezirks Marli.** Am Dienstag, dem 25. Juli, abends 7½ Uhr, findet im Gesellschaftshaus „Marli“ eine öffentliche Versammlung der Jungsozialisten statt. Die Parteigenossen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen und ihre Frauen, insbesondere auch ihre erwachsenen Söhne und Töchter mitzubringen.

### Zum Streit auf der Ueberlandzentrale

wird uns von der Streitleitung geschrieben: Die verschiedensten Versuche zu einer Einigung über die Lohndifferenzen zu kommen, waren bis jetzt erfolglos. Auch die Bemühungen von einer dritten Seite, in einer Verhandlung unter Mitwirkung der Generaldirektion in Hamburg eine Einigung herbeizuführen, waren ergebnislos, weil die hiesige Direktion es ablehnte, zu der festgesetzten Verhandlung zu erscheinen. Die Direktion hat vielmehr bei einem Versuch, eine Grundlage zu einer Einigung zu finden, plötzlich verlangt, daß die Organisation und die Belegschaft ihr von vornherein das Recht geben sollte, in der nächsten Zeit circa 14 Arbeiter zu entlassen, weil diese angeblich nach Fertigstellung einer Krananlage überzählig würden. Die Belegschaft mußte in dieser Forderung einen verletzten Versuch zu Mahregelungen erblicken, zumal man vorher erklärt hatte, man wolle bei einer Aufnahme der Arbeit freie Hand bezüglich der Einstellungen haben. Andererseits war dies eine Angelegenheit, die mit dem Streit gar nichts zu tun hat und bisher in den Verhandlungen noch nie erwähnt wurde. Die Erledigung dieser Frage unterliegt den gefestigten Bestimmungen. In späteren Verhandlungen, hat man diese Bedingung dann wieder fallen lassen, aber ein weiteres Entgegenkommen in der Lohnfrage abgelehnt. Die ganze Art der Verhandlungen zeigte, daß man anscheinend auf Arbeitsebene die Lohnfrage zu einer Prinzipienfrage gemacht hat, so daß eine Einigungsmöglichkeit außer Acht gelassen ist. Man sollte annehmen, daß in einer Zeit, wo die Lebenshaltung sich Tag für Tag verteuert, es sehr wohl möglich sein muß, bei gutem Willen der Arbeiterschaft entgegenzukommen. Die Einigungsmöglichkeit scheitert hier an dem Starrsinn der Arbeitgeber, damit haben diese auch die Verantwortung für den so tief ins Wirtschaftsleben einschneidenden Streit zu tragen.

\*

**1900 Papiermark für ein Zwanzigmarkstück.** Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in dieser Woche zum Preise von 1900 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 950 Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsilbermünzen erfolgt bis auf weiteres zum 40fachen Betrag des Nennwertes.

**Der Weg zum Verhungern.** Teures Gemüse, unerschwinglicher Fettpreis, ein Fleischpreis von einer Höhe, der es den Unbemittelten unmöglich macht, auch nur Sonntags ein Stück Fleisch zu essen, soweit ist es heute gekommen. Der Butterpreis beträgt pro Pfund schon mehr als 100 Mark. Die Milch ist nicht mehr zu bezahlen. Die Preise für Eier, Mehl, Brot und Kartoffeln machen diese notwendigen Lebensmittel zu Luxusartikeln. Bei bestimmten Warenarten kostet ein Pfund über 100 Mark. Wenn die Löhne und Gehälter mit diesen Preisen Schritt gehalten hätten, müßte ein

Arbeiter jetzt mindestens 3000 Mk. in der Woche verdienen. Er hat nicht einmal die Hälfte, ist deshalb nicht imstande, die notwendigen Nahrungsmittel zu kaufen. Die Kaufkraft hat gewaltig nachgelassen. Der Verbrauch muß naturgemäß immer kleiner werden, die Verbraucher müssen den Hungerriemen enger schnallen. Das ist die Idee der bürgerlichen freien Wirtschaft in der jetzigen Notzeit. Von dem vielgepriesenen Wirtschaftsfrieden sind wir heute mehr denn je entfernt. Eßt Obst — diesen Ruf hörte man früher häufig. Er ist längst ausgeklungen. Gewisse Kreise sorgen schon dafür, daß die große Mehrzahl der Bevölkerung kein Obst mehr kaufen kann, und wenn einem auch das Herz zusammenkrampft, daß man in der Hinsicht nicht einmal die lehrsfähigen Wünsche der Kinder befriedigen kann. Und Einkochen von Obst zu Kompott, Marmelade usw.? Wer wird so „begehrlich“ sein —

**Die Zeitungsnot.** Wie der Hauptschriftleiter der „Kölnischen Volkszeitung“, Dr. Höber, feststellte, haben bisher infolge der schwierigen Verhältnisse 800 deutsche Zeitungen und Zeitschriften ihren Erscheinen eingestellt. Mit dem 1. Juli haben weitere 200 Zeitungen und Zeitschriften zu erscheinen aufgehört, so daß bereits 4000 deutsche Blätter dem Niedergang unserer Lebenshaltung zum Opfer fielen.

Wenn eine Zeitung sich halten will, ist sie gezwungen, mit der fortschreitenden Teuerung, die sich besonders empfindlich auf dem Gebiete der für den Zeitungsdruck notwendigen Materialien bemerkbar macht, wenigstens einigermaßen Schritt zu halten, die Zeitungspreise bleiben aber dabei immer weiter hinter dem allgemeinen Teuerungsschritt zurück. Ständige Erhöhungen der Abonnements- und Inseratenpreise sind nicht zu umgehen, wenn ein Zeitungsunternehmen sich halten will. Die großen Unternehmungen, deren Kundschaft sich meist aus kapitalkräftigen Kreisen rekrutiert, tun sich da leichter als die mittlere und kleinere Presse. Ein Zeichen der Zeit sind die Inseratenpreise solcher großen Zeitungen. So kostet im „Berliner Tageblatt“ eine kleine Inseratenzeile 35 Mk., eine ganze Seite 87 000 Mk. Auch ein großes Münchener Blatt verlangt für eine Seite 50 000 Mk. Im Vergleich dazu nehmen sich die Preise der Provinzzeitungen recht bescheiden aus.

Zum Schluß mag auch der Galgenhumor zum Wort kommen: Der „Grafsauer Anzeiger“ bietet die verehrten Inserenten, während der Beerenzeit die Inserate möglichst früh aufzugeben, weil das Druckereipersonal während dieser Zeit zum Heidelbeerpflücken geht, das sich besser rentiert als das Zeitungsdrucken . . .

**Wohnungsbeschaffung in 33 deutschen Großstädten.** Von all den mitternächtlichen Mäuren, unter denen wir jetzt zu schlafen haben, ist die größte die Wohnungsnot. Leider verbietet ja die ungeheure Preissteigerung aller Baustoffe und die allgemeine Teuerung dieser Not so energisch zu Leibe zu gehen, wie das eigentlich sein müßte. Immerhin sind in einer ganzen Reihe von Großstädten schon eine ansehnliche Anzahl neuer Wohnungen beschafft worden. In der Zeit vom 1. Januar 1920 bis zum 1. April 1922 wurden an neuen Wohnungen beschafft in Köln 4866, Hamburg 3908, München 2410, Breslau 2358, Bremen 2189, Gießen 2145, Frankfurt a. M. 2106, Dresden 1947, Lübeck 1876, Dortmund 1625, Nürnberg 1582, Berlin nur 1464, Stuttgart 1454, Leipzig 1389, Kiel 1343, Düsseldorf 1248, Mannheim 1088, Stettin 1076, Hannover 1050, Duisburg 979, Gelsenkirchen 935, Karlsruhe 799, Königsberg 786, Altona 704, Halle 634, Augsburg 622, Bochum 579, Magdeburg 499, Giberfeld 490, Chemnitz 482, Kiel 471, Krefeld 276, Barmen 270. Die Beschaffung neuer Wohnungen ist aber nicht nur in Wohnhäusern geschehen, sondern vielfach durch Umbauten und Ausbauten erfolgt. Deshalb ist bei der Neubautätigkeit die Reihenfolge der 33 Großstädte auch eine andere. In der Zeit vom 1. Januar 1920 bis zum 1. April 1922 wurden neue Wohnhäuser gebaut in Köln 2577, Gießen 1285, Hamburg 858, Dortmund 815, Bremen 687, Frankfurt 627, Duisburg 623, Stuttgart 570, Lübeck 562, Düsseldorf 486, Nürnberg 469, München 468, Karlsruhe 424, Breslau 420, Mannheim 377, Dresden 322, Bochum 321, Berlin nur 306, Gelsenkirchen 278, Giberfeld 275, Königsberg 248, Hannover 231, Leipzig 229, Altona 225, Krefeld 185, Halle 172, Kiel 157, Augsburg 146, Stettin 102, Chemnitz 97, Magdeburg 94, Kiel 92 und Barmen 69.

**Erholung für Kinder.** Die Zentrale für private Fürsorge beschließt ihr Zwergenhaus in Salem auch nach dem Ferien für erholungsbedürftige Kinder geöffnet zu halten. Es werden am 4. August zurüch 18 Mädchen dort Aufnahme finden können, zu einem Preis von 45 Mk. pro Tag. Voraussetzungen sind eine mögliche Kurverordnng erteilt zu lassen. Anmeldungen nimmt entgegen die Zentrale für private Fürsorge, Johannisstraße 47/49.

## Antje Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von A. von der Eider.

31. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Sie geriet den Zettel in kleine Stücke und warf sie auf die Erde. Dann scharrte sie so lange mit den Füßen darauf, bis nichts Weißes mehr zu sehen war.

„So.“ Sie hatte Zeit gefunden, sich zu sammeln und ihre Züge zu glätten. Mit einem bezaubernden Lachen wandte sie sich Rolf zu. Aber ihr Lachen und ihr Blick hatten ihre Wirkung verloren. Er blieb finstler ihr gegenüber und ging, ohne sie anzusehen hinein.

Drinnen in der Wohnstube traf er Wiebke. Sie saß am Tisch, hatte sich die Lampe angezündet und ihre Handarbeit hervorgeholt. In ihren Zügen lag mehr Leben als gewöhnlich. Mit einer gewissen Spannung blickte sie auf den Vater.

Dieser starrte schweigend seine Pfeife, lehnte sie in Brand und ging in der Stube auf und ab. Er kam bei diesem ruhigen Gehen am besten mit sich selbst ins reine.

Am liebsten wäre er vor Antje getreten und hätte gesagt: „Da, nimm den Hof für Dich oder für euch beide; es ist jedenfalls Jovens Wille.“

Aber wie sollte Rolf dieses bewerten? Da saß Wiebke, seine Tochter, und blickte mit erstaunten Augen auf ihn. In der Tür tauchte Ingeborg auf, Rechte fordernd, die er ihr schon halb eingeräumt hatte. Niemand wußte, daß Andreas sein Sohn und der Sohn Antjes war. Er selbst, der junge Mensch, wußte es nicht. Antje und Andreas würden ihn auslachen, wenn er ihnen plötzlich den Hof an den Hals warf. Er konnte nicht einmal mehr den zumwellendsten letzten Wunsch Jovens aufweisen. Aber dennoch, Jovens Wunsch sollte ihm heilig sein, und Andreas sollte Heisterneß bekommen. Er mußte nur behaglich zu Werke gehen.

„Na, hast Du Dir die Sache überlegt?“ fragte Ingeborg. Sie kam mit lüchelndem Blick an den Tisch.

„Ja.“ sagte Rolf. Er zog sein rotbuntes Taschentuch aus der Tasche und fuhr sich damit über die Stirn, als ob das Ueberlegen ihm Schweiß ausgepreßt habe. „Wiebke mag meinnetwegen nach Heisterneß gehen und Andreas auch; ich will gleich mal mit ihm sprechen, ob er Lust hat.“ Rolf ging in den Stall. Beim Hinaus-

gehen warf er auf Ingeborg einen Blick; ein kleiner Triumph blitzte in seinen Augen auf. Ja, er triumphierte, wenn auch nur heimlich.

Ingeborg ahnte nicht, wer Andreas war. Nun kam Antje Möllers Sohn doch nach Heisterneß. Hoffentlich lebte er sich dort ein; dann wollte er ihm später den Hof zur Pacht übergeben und später, wenn er sich verheiratete oder bei der Geburt des ersten Kindes, sollte er ganz in Andreas' Hände übergeben. So vollzog sich die Uebernahme des Besitzes in einer Weise, die niemand bspremden konnte.

Er selbst hatte nie auf den Besitz von Heisterneß gebaut. Wenn Joven den Hof an wohlthätige Stiftungen überwiesen hätte, wäre es ihm auch nie in den Sinn gekommen, seinen letzten Willen zu verurteilen. Die unegoistische Liebe, die er Antje durch alle die Jahre bewahrt hatte, rührte Rolf. Es war auch gut, daß Wiebke mitging. Dort in der Einsamkeit würden sich die beiden, die er väterlich liebte, näher treten; sie würden nicht mehr stolz und kalt aneinander vorübergehen, diese beiden hübschen, guten Menschen, in deren Adern ein Tropfen gleichen Blutes fließte.

Für ihn selbst aber mußte es wieder gemüthlicher werden, wenn Wiebke fort war. Sie war ihm ein lebendiger Vorwurf. Wie oft stand sie plötzlich, wie aus der Erde gewachsen, zwischen ihm und Ingeborg. Er rechnete es der letzteren hoch an, daß sie es stets in taktvoller Weise vermieden hatte, mit Wiebke in Konflikt zu geraten.

Nur eins stimmte Rolf Andersens nachdenklich. Er fühlte, daß er Ingeborg in der letzten Zeit eine zu große Macht eingeräumt hatte. Heute nachmittag, als sie wie eine Furie vor ihm stand, war es ihm plötzlich, als ob ein Schleier vor seinen Augen gerissen war. Ingeborg hatte ihm jahrelang nur ihr Sonntags-gesicht gezeigt, am Nachmittage war plötzlich ihre wahre Natur zum Vorschein gekommen. Das war eine Warnung. Er hatte genug der trüben Jahre durchlebt mit seinem unfreundlichen, grämlichen Weibe; sollte er jetzt eine heiraten, die hernach bei jeder Gelegenheit den Drachen herausföhrt?

Nein, noch war es Zeit, umzukehren; noch war er stark genug, die Reiten zu zerreißen.

Wieder tauchte Antjes liebliches Bild vor seiner Seele auf. Er seufzte; denn er mußte nicht mehr den Weg zu ihr zu finden, und er war zu ungeschickt, sich die Bahn freizumachen.

Ingeborg stand an diesem Abend länger als sonst hinter der Stalltür mit Hinnerk. Wenn der Bauer ihr zu langweilig wurde, hielt sie sich an den Knecht. Sie verstand es, sich schadloß zu halten.

### Vierzehntes Kapitel.

Neht Tage vorher war Andreas noch mal bei seiner Mutter gewesen und hatte Abschied von ihr genommen, weil er doch jetzt weiter fortam und nicht mehr so oft nach Hause kommen konnte.

Er reiste der Mutter voller Freude mit, daß der Bauer davon gesprochen hätte, ihm später Heisterneß in Pacht zu geben. Vorläufig sollte er dort so eine Art Verwalter sein. Die Mutter freute sich mit ihm; dann hatte er einen kleinen Zanit mit Wieken, dem eine schöne Verlobung folgte. Zum Schluß gaben Deeresohn und Krißhan ihm eine Reihe gutgemeinter Ermahnungen mit. Wieken flüsterete dazwischen: „Bleib mir treu, böser Andreas.“

Er lachte und stand da stolz wie ein Edelmann. Da sagte die Mutter: „Bedenke ja immer, mein Jung, daß Mammiel Wiebke die Tochter von Deinem Herrn ist. Du sollst ihr Beschützer sein, darfst aber nicht den Herrn heraustruchen dabei.“

Alle diese Worte klangen noch lange wie Glockentöne in Andreas' Innern nach. Die Worte der Mutter hatten den stärksten Klang, und die der Braut den lieblichsten.

Der Morgen der Abfahrt rückte heran. Andreas schmerte die Achsen und schirrte die Pferde vor den Jagdwagen. Rolf setzte sich auf den Vorderstuhl neben Andreas; Wiebke saß allein auf dem Hintersitz. Hinnerk ihr stand, mit Stricken befestigt, ihre Kommode, oben darauf war Andreas' Lade festgeschnürt. Als unterwegs ein feiner Regen fiel, schloß die alte Lade Andreas' die neue, fein polierte Kommode.

Weder Wiebke noch Andreas blickten zurück, als sie die Werfte hinunterföhren. So lagen sie nicht den Blick des Triumphes, den Ingeborg ihnen nachhandte, als sie kreisföhrig die Hände in die Hüften gestemmt, vor dem Hause stand. Sie sahen auch nicht, wie Hinnerk, als er das Hecker hinter ihnen zugemacht hatte, die Werfte hinaufging und neben ihr stehen blieb, daß sie zusammen in die Vordertür einklatsen, eines diät an das andere. Die beiden jungen Leute auf dem Wagen blickten vorwärts, immer dem Wagen eine Strecke voraus, und der Bauer war nachdenklich und in sich geföhrt.

(Fortsetzung folgt.)

**Die kommunistische Generalstreikparole.** Aus den umfangreichen wirtschaftlichen Kämpfen, die gegenwärtig in Lübeck ausgefochten werden, möchten die Kommunisten gern eine große Aktion machen. Der Generalstreik ist ihr Ziel. In Flugblättern und in der kommunistischen „Volksmacht“ wird zum Generalstreik aufgefordert und gleichzeitig auf den „Volksboten“, den Ortsausschuß und den Metallarbeiterverband in der stärksten Weise geschimpft. Geschimpft darum, weil sie nicht zum Generalstreik aufgefordert haben. Es ist immer dieselbe Sache: wenn irgendwo ein Streik ausbricht, so treten die Kommunisten auf den Plan und blasen zum Generalstreik. Das war bisher so, und wird auch vorläufig nicht anders werden. Die Kommunisten verstehen bei jedem Streik ihre Geschäfte zu machen. Die begreifliche Erregung der Arbeiter wollen sie politisch für sich verwerten. Die Heilsapostel fragen nicht danach, was bei einem Generalstreik herauskommt; sie denken gar nicht darüber nach, ob derselbe auch schlagend und den Arbeitern anstatt Nutzen Schaden bringen könnte. Nein, mit solchen Fragen beschäftigt man sich nicht. Man hegt in der unverantwortlichen Weise und stellt sich als die Retter aus aller Not hin. So unverantwortlich können natürlich die Gewerkschaften nicht handeln. Haben sie schon die Pflicht, bei jedem Streik vorher genau die Erfolgsmöglichkeit zu prüfen, so müssen sie es bei einem Generalstreik erstrecht tun. Ein erfolgloser Streik schädigt nicht nur die Arbeiter materiell, sondern läßt auch ihre Kampfkraft. Ein bei jedem geringsten Unlust proklamierter Generalstreik, würde diese Waffe bald gänzlich unbrauchbar machen. Mit dem Generalstreik darf also nicht gespielt werden. Es ist die letzte Waffe, die nur im äußersten Notfall anzuwenden ist. Wir sind überzeugt, daß die Lübecker Arbeiter durch die ruhiger Überlegung zu derselben Auffassung gelangt und den Generalstreikhegern die gebührende Antwort gibt. Wer die Interessen der Arbeiter wirklich wahren will, kann gar nicht anders handeln.

Im **Hania-Theater** erschien am Sonnabend zur Veränderung wieder einmal „Flachsman als Erzieher“. Eine Komödie, deren Titel als das bekannte Stück des ehemaligen Volksschullehrers und während des Krieges wild gewordenen deutschpöhlischen Spießbürgers Otto Ernst Schmidt, wenn sie aus seinen Handlungen und Wandlungen ein getreues Charakterbild schäufte. Die Aufführung war sommerlich und bot neben Gutem mancherlei weniger Gelingenes und Dilettantistisches. Der holerische Schultat stellt in der lebendigen Zeichnung durch Schweisguth der frische nur nicht immer ganz höhere u. Dollen als Fleming, der gewisse semitische Züge aufweisende aber tonquend durchgeführte Flachsman des Direktors Ries und auch die Betty Sturzhahn von Frau v. Seemen sowie der famose Schultat des Herrn Wilhelmi waren die Fierden der Schule, die im übrigen ein durchweg wenig imponierendes Kollegium anwies. Das zahlreiche Publikum war aber sehr erfreut darüber, daß Jan Fleming den Schleicher Flachsman ordentlich die Otto Ernstischen Wahrheiten geigte und ipendete den üblichen lebhaften Beifall.

pd. **Ersttötelt und festgenommen** wurde ein hier zugereister holländischer Seemann, der versuchte, aus dem Fluß eines Hauses der Kleinen Gröpelgrube ein Damenfahrzeug zu stehlen. — Eine Ehefrau und ein Dienstmädchen, die sich eines Verbrechens, strafbar nach § 218 des R.St.G.B. (Abtreibung) schuldig gemacht haben, wurden ebenfalls festgenommen.

pd. **Diebstähle.** In der Nacht zum 22. d. M. sind aus einem Güterbahnhof in der Karlsruher ein Hahn und zwei Hühner, die an Ort und Stelle abgetötet worden sind, gestohlen worden. — Aus einem Hause der Kahlhorststraße sind in der letzten Nacht mittels Einbrechens 35 Pfund geräucherter Speck gestohlen worden. — In der Nacht zum 23. d. M. ist von einem im hiesigen Hafen liegenden Dampfer eine Armbanduhr gestohlen worden. Auf dem Deck der Uhr für deren Wiederherbeischaffung 500 Mk. Belohnung ausgesetzt sind, befindet sich der Name der Firma Rud. Wolf & Co. — Aus einer Wirtschaft in Groß-Gröden sind in der letzten Nacht ein Herren- und ein Damenfahrzeug gestohlen worden.

**Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.**  
Verein „Arbeiterjugend“. Dienstag, den 25. Juli, 7½ Uhr, Generalversammlung im Gewerkschaftsraum.

**Angrenzende Gebiete.**  
Groß-Gröden. Das schwarz-weiß-rote Schulfest. Am Sonnabend wurden die Vorlesungen beim letzten Schlußfest in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der Ortsgruppe des Sozialdemokratischen Vereins behandelt. Unter Leitung des ersten und zweiten Lehrers fand hier seinerzeit das Schulfest statt. Insofern die Herren darauf aufmerksam gemacht werden sind, sie möchten dafür Sorge tragen, daß die schwarz-rot-goldenen Fahnen im Zuge nicht mitgeführt würden, was das Fest ein Schand auf die Republik. Gen. Söhnleber hat den Vorstand der Veranstaltung. Die Aussprache ergab einstimmige Annahme folgendes Antrages: Die Gemeindevorsteher werden aufgefordert, eine außerordentliche Gemeindevorsteherung zu verlangen.

**Wie der Teufel mit leeren Händen heimkam.**  
Von Emil Karth-Schönholtz.  
Beelzebub's Großmutter rüttelte sich wieder einmal im Lehnstuhl. Manche Geistesgenossen sagen, es sei im Jahre 1922 gewesen, es mag aber auch einige Jahre früher oder später gewesen sein. Kurz und gut: Des Teufels Großmutter war vom Witzgeschloßchen erwacht und hatte nach dem Samstagsmorgens, Schluß des Beelzebub, der den tiefen Wäcker ihrer Anstalt nach nicht schnell genug machte, einmal um die Ohren, daß ihm die Hörner bedenklich wackelten, und übertrieb mit nachdenklich beneigtem Finger die zum Koma Derrückland.  
Auf der Oberseite fand sie einen verlorenen Krieg, einige abgestorbene Hühner, 1884 polnische Wörde, von anderem Kleinram gar nicht zu reden. Auf der Kreditseite waren nur drei abgelebte Stellen gebucht. Die eine gehörte früher einem Redakteur, die zweite einer Hausbesitzerin, die dritte einem Beamten. Der rechtzeitig die Pensionierungsurkunde erhalten hatte, die dritte einem General a. D., der keine „Armoehren“ gekriegt haben ganz. Des Teufels Großmutter fand zwischen Debel und Kredit eine Welle für die Pöble unentzählige Differenz und befohl Beelzebub mit nicht mißzuverstehender Gebärde, dieses Kramke durch jeden Raubhand auszugleichen.  
Beelzebub verhielt sich mit dem üblichen Fühllosigkeit, aus Schwärzgefährt und heulend Giergierig genähigt, und Lufmanhabe in bewußten Gassen die Frau; und quer, allemo er überell anger Zudermangel rügen und beklagen hörte. Er schloß aus dieser Unvorsichtigkeit, daß er in diesem Reichtum den besten Gang machen würde, und schloß zunächst einen Bauern heim, der gerade Zudermangel vorzuziehen. Er stellte diesem seiner Überzeugung nach gepöblt Scherz die argen Qualen der Hölle, als da sind Reichthum, ewige Seltsam von Courtis-Blätter, einen Sittensturz in 10 Akten usw. in Aussicht. Doch der Redere entgegenete mit bewunderndem Mien:  
„Lieber Onkel, ich lege bei dem Gehalt nur zu. Es ist wirklich ein Döner, wenn ich heute noch Zudermangel habe, von

und mit Entschiedenheit dafür einzutreten, daß an Stelle der monarchistischen Abzeichen und Fahnen, republikanische beschafft werden.

**Trittau.** Die Dolchstoß-Legende in Stein gemeißelt. Den in einem Birkenwäldchen liegenden Ehrenfriedhof in Trittau schmückt ein großer Gedenkstein in Gestalt eines Findlings mit einem daraufgelegten, die Flügel ausbreitenden Adler, der wohl die Kampfbereitschaft oder in seiner Stellung die Rache veranschaulichen soll. Auf dem Findling selbst befindet sich zunächst ein Eisernes Kreuz, darunter die Worte:

Unseren gefallenen Helden  
1914—1918  
Kirchspiel Trittau.

darunter dann folgende Worte:  
„Wehrlos das tapferste Heer,  
trifft es der Speer in den Rücken.  
Unfrei das freieste Volk,  
wenn es sich selber verliert.“

Wie Trittau sagen, hat der Pastor der Trittauer Kirchengemeinde dafür gesorgt, daß die Dolchstoß-Lüge in Stein gemeißelt wurde.

**Guden.** Raubmord. In der Herberge zu Guden wurde der Schweinefütterer F. aus Groß-Lunow mit einer schweren Hantel tot aufgefunden. Der Schlafgenosse des Ermordeten, ein Schweizer K. aus M-Gorwert, wurde sofort verhaftet.

**Schwerin.** Auflösung des „Stahlhelms“. Auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik ist der „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten“, mit seiner Gauleitung, seinen Orts- und Bezirksgruppen in Mecklenburg-Schwerin verboten worden.

**Hamburg.** Ein Zuchthäusler als „Bücherwurm“. Mit einem Auto sollten Bücher aus dem Zuchthaus abgeholt werden. Der mit dem Aufschluß beschäftigte Strafbefangene Sternberg benutzte die Gelegenheit und versteckte sich unter den Büchern. Mit dem Auto fuhr er dann aus dem Gefängnishof. In der Eppendorfer Landstraße sprang der Ausreißer vom Auto und entfloh durch die Gärten. Trotz sofortiger Verfolgung ist es dem Ausreißer gelungen, zu entkommen.

**Ulm.** Neue Straßennamen. Die Kommission für die Umbenennung der monarchistischen Straßennamen hat folgende neue Namen festgelegt: Für den Kaiserplatz, Platz der Republik; Kaiserstraße, Museumstraße. Der Kronprinzenplatz erhält den Namen Spritzenplatz. Die Kronprinzenstraße wird nach dem letzten Dittensener Bürgermeister Harnsenstraße benannt werden. Der Hohensollernring wird nach unserm alten Vorkämpfer für Menschenrechte in Bebel-allee umgetauft. Der Hohensollernring zwischen Krupp- und Schleswigerstraße wird nach dem ermordeten Erzberger genannt. Und die Vogelweide in der Siedlung Steetamp, heißt von-Elm-Platz.

**Kiel.** Die Lügen der „Hamburger Marie“. Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein, Genosse Kürbis, hat das üble Gezblatt, welches die politische Atmosphäre wie kein zweites vergiftete, bis zum Jahresende 1922 verboten. In ihrer Nr. 25 hatte das Sudelblatt unserm Parteigenossen Niendorf, Landrat in Pinneberg, vorgeworfen, daß im Etat des Wohlfahrtsamtes fünf Sechstel der Gelder für Verwaltungskosten draufgingen. Eine solche „zum Himmel stinkende bodenlose Schweinerei“, wie es hieß, wurde natürlich seiner Parteugehörigkeit zugeschrieben. — Die Unterlagen waren aber ganz haltlos. Es war bei dem Anschlag für Verwaltungs- und Fürsorgekosten zwar die ganze Summe angegeben, bei den sonstigen Ausgaben aber nur ein kleiner Teil. 1921—1922 betrug die Verwaltungskosten des Pinneberger Kreiswohlfahrtsamtes nämlich nur ein Zehntel der Ausgaben. — Herr F. C. Holz, der sich ins Eldorado der Organisation C verflüchtigt hat, richtete an unseren Genossen Niendorf ein de- und wehmütiges Schreiben. Es heißt darin: „Ich habe mich davon überzeugt, daß meine Kritik ungerechtfertigt war. Ich nehme daher diese Kritik mit dem Ausdruck des Bedauerns und der Bitte um Entschuldigung zurück. Da die „Hamburger Marie“ auf sechs Monate verboten ist, kann eine Berichtigung in dem Blatte leider nicht erfolgen. Ich bitte daher, von diesem Schreiben jeden Jänen geeigneten erscheinenden Gebrauch machen zu wollen. — Es ist hinreichend bekannt, daß alle Behauptungen, welche die „Hamburger Marie“ aufstellt, in der Regel erlogen sind.“

**Bremen.** Maßnahmen zum Schutze der Republik. Endlich hat sich der bremische Senat dazu aufgerafft, auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten auch in Bremen Maßnahmen zum Schutze der Republik zu treffen. Nach einer veröffentlichten amtlichen Bekanntmachung hat er die im bremischen Staatsgebiet bestehenden Ortsgruppen des „Bundes der Aufrechten“ verboten und aufgelöst, nachdem die Auflösung des „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“ bereits vorausgegangen war. Ebenfalls auf Grund dieser Verordnung sind dort bestehende reaktionäre Schutz- und Gezblatt „Der rote Sand“ von der Kriminalpolizei beschlagnahmt und auf 14 Tage verboten worden wegen eines Artikels, in dem mehrere Mitglieder der früheren und jetzigen republikanischen Reichsregierung, Reichspräsident Ebert, die Minister Bauer, Köfer und der frühere Minister Scheidemann öffentlich beschimpft wurden.

denen ich die eine Hälfte den deutschen Wasserföpsen in der Stadt, die andere den Schweinen zur Verfügung stelle, was übrigens auf besagte heranzukommt. Ich bin wirklich nicht schuld am Zudermangel. Semliche Döner nur zum Fabrikanten, der weiß schon, wo der Schuß nicht drückt.“  
Der Teufel begann sich tren und wieder zum Zudermangel. Den er unter gleichen Vorwänden nicht gar leicht beim Tragen packte. Der Fabrikant warde Jeter und Mordio. Nicht er, das Symbol warde die Preise. Er würde gern billiger verkaufen. Im Großhandel sei der Zudermangel billiger wie im Kleinhandel. Die Kleinhandlöhler würden unerschönte Gewinne ein.  
Schwarztrats nahm der Teufel den ersten besten Kleinhandlöhler beim Hintern und hatte ihn unter heftigen Anklagen schon ein Stück durch die Luft geschleift, ließ den „Bedauernswerten“ aber sofort fahren. Denn dieser machte ihm mit unwillkürlicher Logik klar, daß die teuren Transportpreise am Zudermangel schuld seien. Er sollte sich lieber einmal den Verkehrsminister vornehmen. Der Teufel dankte für den guten Rat, den er zugleich zur Unterstützung zu bringen gedachte. Der Verkehrsminister suchte die Angelegenheit: „Lieber Freund! Wasche ich die Kohlenpreise? Geh zum Kohlenhändler!“  
Dann Jögern hatte Beelzebub dem Direktor des Kohlenhändler eines unerwarteten Besuch ab.  
„Ja, verehrter Herr“, meinte der bedauernd, „das machen die Köpfe der Bergarbeiter. Die müssen wir zahlen wegen der enormen Streikpreise. Geh zum Käufer!“  
Der Käufer machte große Augen, als der Teufel mit Donnergetöse durch den Lufraum gerast kam. Zu dem teuflischen Vorwänden machte er allerdings noch größere Augen.  
„Was? Ich bin schuld am hohen Streikpreise? Frage einmal den Bauern der Landwirte. Die müssen, wie man Preise macht!“  
Dann Anredeung platzte der Teufel in eine Versammlung des Landvolkes. Ein Redner eiferte gerade vom Hult herab: „Man muß aus der, wir sind nicht aus den unerschönten Getreidepreisen. Nein, meine Herren, das ist der Kahlmüden, den die verfluchten Kommunisten in die Welt gesetzt haben.“  
Der Teufel sah ein, daß nur die Kommunisten die wirklichen Sündenböcke sein konnten. Er ersuchte um ein Interview bei

**Norddeutscher.** Wahnsinniger Bachtr... Die Norddeutscher Außenbüchlererei wurden für 962 000 auf ein Jahr verpachtet. Im Frieden betrug dieselbe 9000 Mark, im Vorjahre brachte sie 45 000 Mark.

## Gewerkschaften.

**Bauarbeiterzeit in Mitteldeutschland.** Die Bauarbeiter Mitteldeutschland stehen vor neuen Kämpfen. Ein unparteiischer Schiedsgericht in Halle hat in einer Sitzung vom 3. Juli Arbeitern eine Stundenlohnzulage von 7 Mk., also eine Stundenlohnzulage von 28 Mk. auf 35 Mk. zugestimmt. Dieser wurde von den Unternehmern abgelehnt. Ihr Angebot erstreckte sich auf eine Summe von 4,50 Mk. pro Stunde. Der Bauarbeiterverband hat beschloßen, sofort in allen Städten der Provinz Sachsen, darunter Dessau, Magdeburg, Naumburg, Zeitz, die Arbeit einzustellen.

**Verkehrszeit in Schweden.** Die Telefonbeamten in Göttingen und Gothenburg sind in den Ausland getreten. Gespräche können nicht mehr stattfinden. Dagegen wird der Verkehr aufrechterhalten. „Dagens Nyheter“ zufolge hat Personal der großen schwedischen Privatbahnen wegen der Streikzeit beschloßen, in den Streik zu treten. Der Zeitpunkt für den Beginn des Ausstandes ist noch nicht bestimmt worden.

**Einheitsgewerkschaft in Australien.** Die drei bedeutendsten Gewerkschaften Australiens haben sich zu einer Einheitsgewerkschaft (One Big Union) zusammengeschlossen: der Australische Arbeiterverband, der Verband der Kohlenarbeiter und der Transportarbeiterverband, die insgesamt 200 000 Mitglieder zählen. Die neue Einheitsgewerkschaft setzt sich aus fünf Industriegruppen zusammen. Davon bestanden im Australischen Arbeiterbunde schon drei, die Gruppen der Land-, Bau- und Fabrikarbeiter, sind jetzt für Bergbau und Transportwesen neue Gruppen geschaffen worden. — Die neue Organisation setzt sich zum Ziele, das Lohnsystem zu beseitigen, die Lebenslage und Verhältnisse der Mitglieder zu verbessern, die Mitglieder aufzuklären und die Organisation aufzubauen zu dem Zweck, den Kapitalismus zu beseitigen und an seine Stelle das Gemeinwesen an den Ort der Erzeugung, der Verteilung und des Tausches zu setzen. Hilfe revolutionärer Aktion auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiete.

## Aus aller Welt.

**Schweres Eisenbahnunglück in der Ukraine.** Zwischen Stationen Romanowo und Petchenowka hat sich infolge eines verkehrlichen Anstoßes ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Ein in der Richtung der polnischen Grenze fahrender Waggontzug entgleiste. Bis jetzt wurden vierzehn Tote, fünf Schwerverletzte und vierzehn Leichtverletzte geborgen. Die genaue Zahl der Toten konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden. Nicht besetzte Waggons sind gänzlich verbrannt.

**Deutsche Ferienkinder in Dänemark.** Aus Kopenhagen geschrieben: Hier traf auf Einladung der dänischen Regierung eine größere Anzahl deutscher Ferienkinder zum Sommerurlaub ein. Sie wurden von dem deutschen Gesandten mit maßlich und dem Vorsitzenden des dänischen Kinderhilfskomitees empfangen, bewirtet und nach Helsingør weiterbefördert. Hier aus wurden sie auf Wagen in das für den Erholungsurlaub zur Verfügung gestellte Sommerlager überführt. Im Lager sind etwa 2200 Kinder aus allen Teilen Deutschlands, die jetzt in Dänemark zur Erholung weilen. Wie man hört, sind deutschen Kinder in Dänemark gut aufgehoben, genießen gute Behandlung und natürlich die beste Verpflegung.

**Der Tod in der Badewanne.** Auf eine eigenartige Weise in Frankfurt a. M. ein junges Ehepaar ums Leben gekommen. Beide Eheleute wurden im Badezimmer tot aufgefunden. Nachkommission stellte folgendes fest: Die in der Wanne belagerte Frau wollte beim Heraussteigen eine elektrische, allerdings unvorschriftsmäßige Stehlampe beiseite setzen, berührte so mit nassen Hand das Metall der Lampe auf breiter Fläche. Der per im Wasser stand auf großer Fläche durch das Wasser in Verbindung mit der Zinkbadewanne, die wiederum durch ein fähig auf der Wanne aufliegendes Bleirohr direkte Verbindung zur Wasserleitung (Erde) hatte. Der Mann wollte seiner beiseite sein und griff nach der Lampe, die am Boden stand. Er schaltete sich also in den Stromweg ein. Die Einwirkung elektrischen Stromes war infolge des absolut geschlossenen Stromkreises so stark, daß zwei blühende Menschenleben durch eine unglückliche Zufälle vernichtet wurden. Die Grundursache für die Verwendung einer unvorschriftsmäßigen, selbst hergestellten Lampe.

Genin, der sich gerade auf einer Propagandareise durch Deutschland befand, und erhielt es auch bewilligt.  
„Lieber Genosse!“, seufzte Lenin und ließ traurig das Haupt sinken. „Wir stellen jetzt schon das größte Kontingent an dammen Seelen, und nun möchtest du uns auch noch ein so Delikt aufhalsen. Wären die verfluchten Kapitalisten nicht jenigen, die uns an der Ausführung unseres Programms hindern, stände es um die ganze Welt besser; sie wäre ein wirkliches Paradies!“  
Das Wort „Paradies“ verursachte dem Teufel Erbrechen, er empfahl sich schleunigst. Einen letzten Sprung wollte er wagen, und so raste er in eine Schindkiste hinein, wo ein Kapitalist die ganze Erde für die Anwesenden bezahlte. Teufel, der wußte, was sich ziemt, überreichte ihm höflichst Karte und brachte verschämt sein Anliegen vor, seinem Genossen über auf pikante Art das Genid umdrehen zu wollen.  
Der Kapitalist grinste unerschämmt. „Oberr!“ Eine Plommern! Und ein neues Glas!“  
„Mein lieber Bruder“, sagte der Fetthals, als der perkte, und trank zwischenburch einen Schluck. „Man hat sich einen netten Bären aufgebunden. Wir haben sicherlich schuld. Wenn Sie schon jemanden das Genid umdrehen wollen, dann wenden Sie sich, bitte, an den Böbel, in sozialdemokratischen Zeitungen „Böbel“ genannt. Dort sitzen die Schuldigen, durch Streits und andere Erpressungen die ungewissenhaft die durch das Kapital geschaffenen Werte ihren rechtmäßigen Eigentümern derart schmälern, daß wir uns durch energische Maßnahmen — Preiserhöhung, künstliche Hausse, Spekulation aufweisen und Ausland — notdürftig über Wasser halten können. Tut mir leid, daß Sie sich umsonst bemüht haben!“  
Beelzebub sah schließlich diese tiefe Wahrheit ein und nahm den Heimweg zwischen die Füße oder auch Flügel, trotz des weigerlich drohenden großmütterlichen Gemitters. In jenseitigen Herzen hatte nur der eine Gedanke Raum: Daß Deutschland von einem Millionenheere unbesetzter Engel bewohnt die für Himmel und Hölle zu gut wären....